

Glücksfall oder Horror-Szenario? VA 07.12.18

Während es auf der Bühne des Theaters Plauen-Zwickau mit der „Kleinen Meerjungfrau“ weihnachtlich-märchenhaft zugeht, haben die Diskussionen außerhalb des Hauses um die Zukunft des Theaters das Zeug zu einem Drama.

Von Torsten Piontkowski

Plauen – Die Zahl der Darsteller würde einem Historienstreifen über das alte Rom alle Ehre machen – involviert ist der Freistaat, die Stadträte von Plauen und Zwickau, die Verwaltungen beider Kommunen, die Gesellschafter und Aufsichtsräte des Theaters und ach ja – natürlich das Ensemble. Die Hauptrolle aber spielt das Geld – zunächst nichts Außergewöhnliches in Zeiten wie diesen.

Der Rezensent des bereits im Zwickauer Stadtrat aufgeführten Stückes, das gegenwärtig auf den Spielplänen diverser Ausschüsse der Plauer Stadträte und schlussendlich im Stadtrat am 18. Dezember präsentiert wird, hat es vergleichsweise einfach – denn ein solcher darf parteiisch sein. Ein Berichterstatter nicht.

Worum es geht

Es geht um die Fortführung des Grundlagenvertrages beider vor nunmehr 18 Jahren fusionierten Theater sowie den „Kulturpakt“ des Freistaates. Der enthält Geld, das eigentlich niemand erwartet hat und nun abgerufen werden muss. Kein großes Ding, so scheint es, über Geld freut sich jeder. Das Problem: Geld und künftiger Inhalt des Grundlagenvertrages hängen zusammen, man spricht in solch einem Falle von Gemengenlage. Ziel aller Beteiligten ist es, die Fusion beider Theater zu erhalten. Der bisherige Grundlagenvertrag gilt bis 2020. Der seit 2004 geltende und 2015 „aktualisierte“ Haustarifvertrag, der Lohnverzicht und Feizeitenausgleich für die Belegschaft beinhaltet, soll auslaufen.

Ein neuer Grundlagenvertrag hätte eine Laufzeit bis 2022. Für diesen Zeitraum würden 4,48 Millionen Euro aus dem „Kulturpakt“ gefördert, weitere 1,48 Millionen Euro aus dem Kulturraum. Bislang beteiligten sich die Städte Plauen mit 40 Prozent an der Finanzierung (2,9 Millionen Euro), die Stadt Zwickau mit 60 Prozent (4,4 Millionen). Dafür, so Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer im Verwaltungsausschuss an die Adresse des anwesenden Zwickauer Stadtrates gewandt: „Chapeau und herzlichen Dank“. Und jetzt kommt der Gesellschaftervertrag ins Spiel, dessen Änderung die Zwickauer Stadträte vorige Woche mehrheitlich beschlossen. Künftig will die Muldestadt 67,5 Prozent (25,9 Millionen Euro) zahlen, Plauen soll nur noch 32,5 Prozent (12,4 Millionen Euro) „lönnen“. Doch umsonst ist bekanntlich nicht mal der Tod. Im Gegenzug soll das Stimmenverhältnis



Die Kassen der Kommunen Plauen und Zwickau sind unterschiedlich gut gefüllt. Das führt zu Diskussionen, die sich beide eigentlich nicht leisten können.

im Aufsichtsrat 7:3 zugunsten Zwickaus geändert.

Darüber wurde am Mittwoch ebenso ausführlich wie kontrovers diskutiert.

CDU-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Jörg Schmidt:

- 70 Prozent Förderung durch den Freistaat und 30 Prozent durch den Kulturraum könnten bei nicht ausbleibenden Lohnerhöhungen schnell zu 50:50 werden.

- Es ist durchaus begrüßenswert, dass mit dem Kulturpakt des Freistaates eine Rückkehr in den Flächentarifvertrag für das Ensemble ermöglicht wird.

- Die Bereitschaft Zwickaus, einen höheren Anteil zu zahlen ist verbunden mit der Absicht, die bisherige Parität der Stimmen im Aufsichtsrat abzuschaffen.

Prof. Dr. Lutz Kowalzik:

- Das harmonische Miteinander, das ich seit neun Jahren im Aufsichtsrat des Theaters kenne, hat sich leider geändert. Aus mehreren Fraktionen im Zwickauer Stadtrat wurde geäußert, dass derjenige, der die Musik bezahlt auch bestimmt, was gespielt wird.

- Wenn mit dem Auslaufen des Haustarifvertrages der Kündigungsschutz für die Belegschaft entfällt, dann öffnet das möglicherweise Tore. Wenn von Zwickau im künftigen Grundlagenvertrag ausdrücklich Strukturmaßnahmen gefordert werden, dann könnten dies auch Personalfragen sein.

- Der Aufsichtsrat entscheidet auch über den Wirtschaftsplan und der wiederum trifft Aussagen über die Anzahl der Schauspieler...das muss nicht zwangsläufig so kommen, aber es kann.

- Wenn wir zur Stadtratssitzung am 18. Dezember nicht zustimmen, gehen die Lichter nicht aus, wir können jederzeit weiter verhandeln.

Pressesprecher Ingo Eckardt:

- Wenn die Stadt Zwickau ohne

Zustimmung der Stadt Plauen als Gesellschafter und ohne die Zustimmung der Aufsichtsräte aus Plauen schwerwiegende Entscheidungen wie einen Verkauf, eine Schließung von Sparten oder Veränderungen in der Geschäftsführung treffen kann, dann hat dies mit einer Theaterreife auf Augenhöhe nichts mehr zu tun.

Standpunkt

Die Beschlussvorlage der Verwaltung, die grundlegende Änderungen des Gesellschaftervertrages und des Grundlagenvertrages mit sich bringen würde, kann die Fraktion keinesfalls mittragen.

SPD/Grünen-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Benjamin Zabel:

- In Plauen und Zwickau verzichten die Beschäftigten des Theaters seit 2004 auf Lohn und Gehalt und erhalten hierfür einen Freizeitausgleich. Die Ablösung der Haustarifverträge verursacht jährlich zwischen 3,8 und 4,9 Millionen Euro Mehraufwendungen. Diese will im Vorschlag der Verwaltungsvorlage die Stadt Zwickau zu höheren Teilen tragen, als die Stadt Plauen, sodass sich der Plauer Anteil kaum verändert. Zwickau möchte dafür mehr Sitze im Aufsichtsrat und mehr Entscheidungsrechte im Theater.

- Die gänzliche Annahme der von Zwickau gestellten Bedingungen birgt Gefahren, die wir auch sehen. Wenn Strukturmaßnahmen anstehen, dann muss Plauen mitentscheiden können.

- Wir sollten mit Zwickau in Verhandlungen gehen, aber den Kulturpakt annehmen – das wäre ein Mittelweg. Die Beibehaltung des Zahlungsmodus von 60:40 hieße für Plauen, 800000 Euro zusätzlich im Haushalt zu „finden“.

- Ich finde, dass es nun um vernünftige Vorschläge geht. Wir sollten alle Varianten prüfen, um mit Zwickau eine einvernehmliche Lösung zu finden. Es ist jetzt nicht die Zeit für parteitaktische Spielchen.

Ich werbe sehr für eine fraktionsübergreifende Beschlussfassung im Stadtrat am 18. Dezember. (den Antrag von CDU/Linken kommentierend).

Standpunkt:

Die Stadt Plauen nimmt gemeinsam mit der Stadt Zwickau den Kulturpakt des Freistaates an und führt sehr zeitnah Gespräche zwischen beiden Städten.

Linken-Fraktion

Fraktionsvorsitzende Claudia Hänsel:

- Plauen zahlt auch bei Inkrafttreten eines neuen Grundlagenvertrages 12,5 Millionen Euro. Das ist viel, wenn man nicht mehr mitreden darf.

- Bei einem Stimmverhältnis von 7:3 ist keine Partnerschaft mehr gegeben, wir geben das Heft des Handelns aus der Hand.

Standpunkt:

Der Vorschlag überzeugt uns in keiner Weise.

Fraktion FDP/Initiative

Fraktionsvorsitzender Sven Gerbeth:

- Wir müssen uns immer auch in die Situation der anderen hineinversetzen. Dem Publikum ist eine gute Qualität des Spielplans wichtig, der Belegschaft ein angemessenes Einkommen.

- Bei Nachverhandlungen mit Zwickau fließen vermutlich die Kulturpakt-Mittel aus Dresden nicht, die in diesen Tagen beantragt werden müssen.

Standpunkt:

Ich werde der Vorlage zustimmen, ansonsten steht noch mehr auf dem Spiel.

Der Generalintendant

Roland May:

- Dass Zwickau sich seit Jahren solidarisch zeigt, ist ein Stück weit praktizierte Utopie. Allerdings kann

Solidarität nur funktionieren zwischen zwei gleichen Partnern. Momentan herrscht in Zwickau aber der Glaube, dass Plauen nicht auch mal irgendwann solidarisch helfen können, wie auch der Glaube, Hilfe überhaupt zu benötigen.

- Andererseits ist der Grundlagenvertrag eine einmalige Chance für die Kollegen, zum Flächentarifvertrag zurückzukehren.

Standpunkt:

Wir sollten nochmal alles versuchen, aufeinander zuzugehen und die Zusammenarbeit nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Gehen Sie in Klausur, suchen Sie das Verbindende.

Der Betriebsrat

Nikolaus Köhler:

- Die Abrufung der Mittel des Kulturpaktes darf nicht zur Debatte stehen. In Zwickau ist man sich der Bedenken Plaunens durchaus bewusst.

Standpunkt:

Das strittige Stimmenverhältnis darf den Pakt nicht zu Fall bringen.

Der Oberbürgermeister

Ralf Oberdorfer:

- Ich beteilige mich nicht an der Schelte gegen Zwickau. Wenn Zwickau so viel mehr Geld seiner Bürger einzahlt, dann muss das den Bürgern erklärt werden, beispielsweise durch einen höheren Stimmanteil.

- Ohne Änderung der finanziellen Anteile beider Städte hätte Plauen rund 800000 Euro zu stemmen.

- Wenn die Befürchtungen von Prof. Kowalzik alle eintreten, dann bin ich jederzeit bereit, den Vertrag zu kündigen.

Standpunkt:

Wir brauchen den neuen Grundlagenvertrag und sollten die Gespräche zu den Regeln zwischen kleinem und großem Partner fortsetzen. Ich wünsche uns die richtige Sicht auf das Machbare.

Gemeinsamer Antrag von CDU und Linken

Die Fraktionen CDU und Linke legten abschließend einen gemeinsamen Antrag vor, der ausschließlich eine hälftige Ablösung des Haustarifvertrages vorsieht und die Beibehaltung der gesellschaftsrechtlichen Situation. Darin heißt es: „Der angebotene Kulturpakt des Freistaates Sachsen wird mit geändertem Gestaltungsspielraum zum Flächentarifvertrag umgesetzt. Das finanzielle Angebot des Kulturpaktes wird somit nur teilweise in Anspruch genommen.“

Die Stadt Plauen führt dazu unverzüglich Verhandlungen mit der Stadt Zwickau sowie den beteiligten Gewerkschaften. Ziel ist es, die Lücke zwischen dem bestehenden Haustarifvertrag und dem Flächentarifvertrag mit einem neuen, für die Beschäftigten verbesserten Haustarifvertrag mit Augenmaß zu schließen. Damit sollen zudem die bestehenden Konditionen des aktuellen Grundlagenvertrages mit der Stadt Zwickau unverändert (Finanzierungsanteil 60:40, Stimmrecht in allen Gremien paritätisch) fortgeführt werden.“